

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg - Ausgabe 02 / 2015

www.spd-nuernberg.de

Nürnberg

Für Bäume stiften

„Bäume für Nürnberg-Stiftung“ sucht Stifter für mehr Grün in der Stadt!

Seite 3

Interview

„Es war für mich immer etwas Besonderes, Vorsitzender dieser Nürnberger SPD zu sein.“

Interview mit Christian Vogel

Seiten 4 bis 6

Vorwort



Liebe Leserinnen und Leser,

ein Thema, das uns alle angeht, sind unsere täglichen Lebensmittel. Regelmäßig hört man immer wieder von Lebensmittelskandalen – so schlimm es ist, so schnell ist es bei vielen auch gleich wieder vergessen. Die SPD hat sich nun dieses wichtigen Themas ganz aktuell angenommen.

Gesunde Lebensmittel müssen für alle Menschen in unserem Land verfügbar und auch erschwinglich sein. Diese Verfügbarkeit und Erschwinglichkeit gesunder Lebensmittel ist ein soziales Grundrecht!

Verbraucherinnen und Verbraucher müssen darauf vertrauen können, für ihr Geld unbedenkliche Lebensmittel zu bekommen, egal ob aus den Regalen der Supermärkte, an Ladentheken, Marktständen, über den Online-Handel oder in der Gastronomie. Dieses Recht muss für alle gelten – unabhängig vom Geldbeutel. Für Kinder und Jugendliche ist in den Kindergärten und Schulen der Anspruch auf eine ausgewogene und gesunde Ernährung sicherzustellen.

Dieses Vertrauen ist aber kein Selbstläufer. Zum einen ist eine genaue Vorschrift erforderlich, zum anderen sind es die Kontrollen, die die wenigen schwarzen Schafe dann auch erkennen lassen. Gesunde und frische Lebensmittel sind keine Artikel wie Putzmittel oder Zahncreme, hier ist der Gesetzgeber gefordert, aber auch der Verbraucher selbst entscheidet, wie weit der Markt gehen kann. Näheres zu diesem Thema gib es in dieser Ausgabe.

Herzliche Grüße,
Euer

Christian Vogel

Die drei Tage von Paris



Karikatur: Burkhard Mohr

Abstauber

VON KATHARINA WAGNER

■ Am 07.01.2015 drangen zwei bewaffnete Männer in die geheime Redaktion von Charlie Hebdo ein und verrichteten ihr Blutbad. Dabei mussten insgesamt 17 Menschen ihr Leben lassen. Zwei Tage später dringen sie in eine Druckerei ein und zur selben Zeit werden in einem Supermarkt, der einem jüdischen Besitzer gehört, mehrere Geiseln von einem weiteren Mann erschossen, der wohl eine Verbindung zu den Attentätern von Charlie Hebdo hatte.

Was waren die Hintergründe dieser Tat?

Ffakt ist, dass der Sitz der Redaktion Charlie Hebdo geheim gehalten werden musste und auch unter Po-

lizeischutz stand, da dieses bereits 2011 Opfer eines Brandanschlags war. Grund dieses Anschlags sollen die satirischen Karikaturen über den Propheten Mohammed sein. Die Täter vom 7. Januar hätten auch immer wieder betont „Wir sind die Verteidiger des Propheten“. Fakt ist jedoch auch, dass es sich bei Satire um eine Spottdichtung handelt, die Zustände oder Missstände in sprachlich überspitzter und verspottender Form thematisiert.

Die Frage ist, wie weit darf man mit dieser „Verspottung“ gehen, bzw. sollte man, wenn man um sein Leben fürchten muss, weiter karikieren? Gibt es überhaupt Grenzen bei der Satire? Diese Fragen muss wohl jeder für sich selbst beantworten.

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

Unser Grundgesetz und das vieler anderer Länder sagt, der Begriff Satire ist ein Begriff der freien Meinungsäußerung, von der jeder Staatsbürger Gebrauch machen darf. Und gerade in einer Zeit, in der viel Unrecht geschieht, ist es wichtig, Menschen zu haben, die der Gefahr trotzen und Missstände er-

läutern. Allen muss dennoch klar sein, dass die Karikaturen und die Reaktion, Menschen zu töten aufgrund dieser Satire in keinem Verhältnis zueinander stehen. Weiter ist es an der Zeit, ein Zeichen zu setzen. Gemeinsam zusammen zu stehen und zu kämpfen für eine Welt, in der Religionsfreiheit einhergeht mit einem Leben in Meinungs-

und Pressefreiheit. Dies bedeutet auch, dass den Aufmärschen der menschenrechtsverachtenden PEGIDA und ähnlichem Einhalt geboten werden muss. Je suis Charlie Hebdo. Nous sommes Charlie Hebdo. ■

Thema Schlüsselzuweisung: nicht „sexy“, aber enorm wichtig!

Nürnberg's Schlüsselzuweisung für das Jahr 2015

■ Für 2015 erhält die Stadt Nürnberg eine sogenannte Schlüsselzuweisung in Höhe von 173,2 Millionen Euro. Damit liegen die Zahlungen des Freistaats 19,9 Millionen Euro über dem Wert von 2014, allerdings deutlich unter dem von 2013 mit 180,6 Millionen Euro.

Geplant hatte die Stadt Nürnberg in den Haushaltsberatungen mit einem

2.000 Einwohner nicht mehr mit eingerechnet. Das ist ein weiterer Nachteil neben dem zensusbedingten Rückgang der Einwohnerzahlen in der offiziellen Statistik.

Regelmäßig kurz vor Weihnachten veröffentlicht das Bayerische Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat die Höhe der Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden im Zuge des Kommunalen Finanzausgleichs für das folgende Jahr. Diese werden in einem komplizierten Verfahren aus der Einbeziehung der Steuerschlüsselmasse des Freistaats Bayern, den Einwohnerzahlen der Städte und zusätzlichen Gewichtungsfaktoren, den jeweiligen Sozialausgaben und der individuellen, nivellierten Steuerkraft errechnet.

„Von Seiten des Freistaats wird gern auf die Rekordhöhe des Finanzausgleichs verwiesen, deren Ursache jedoch in den vom Freistaat verbuchten Steuereinnahmewüchsen zu sehen ist. In diesem Zusammenhang gibt ein Vergleich der Entwicklung der Schlüsselzuweisungen Nürnbergs mit der Entwicklung der Sozialausgaben zwischen

2009 und 2015 interessante Hinweise darauf, dass der kommunale Finanzausgleich für Städte wie Nürnberg in keiner Weise mit der Ausgabenentwicklung mithalten kann“, betont Finanzreferent Harald Riedel.

So sind die Schlüsselzuweisungen von 2009 auf 2015 um 2,4 Prozent von 169,1 Millionen Euro auf 173,2 Millionen Euro gestiegen, während die Sozialausgaben im selben Zeitraum um 40,7 Prozent von 406,3 Millionen Euro auf 571,6 Millionen Euro gestiegen sind. Allein dieses Verhältnis zeigt laut Riedel, dass die immer wieder vortragene Forderung des Bayerischen Städtetags nach einer Aufstockung der Schlüsselmasse von 12,75 Prozent auf einen Anteil von 15 Prozent an den Gesamtsteuereinnahmen des Freistaats absolut berechtigt ist. Stadtkämmerer Harald Riedel erklärt dazu: „Damit wird die erste Herausforderung für den Stadthaushalt im kommenden Jahr nun sein, diese rechnerische Lücke von 6,8 Millionen Euro unterjährig zu erwirtschaften. Hinzu kommt noch die um 1,3 Millionen Euro leicht erhöhte Bezirksumlage aufgrund der Anhebung des Umlagesatzes durch den Bezirkstag. Aller Umstände zum Trotz: diese Lücke kann durch eigene Anstrengungen geschlossen werden.“ ■



Ansatz von 180 Millionen Euro aufgrund des zu erwartenden Herausfallens der Stadt München. Die Gründe für das Nichterreichen des Planansatzes können vertieft erst mit den genauen Berechnungsdaten analysiert werden. Ein Grund ist offensichtlich die im Nachgang zu den Finanzausgleichsgesprächen reduzierte Berücksichtigung von Nebenwohnsitzen um 20 Prozent. Damit wurden in Nürnberg knapp über

Für Bäume stiften - ein Ziel/Wunsch für 2015?

Die „Bäume für Nürnberg-Stiftung“ sucht weitere Stifter für mehr Grün in der Stadt!

VON CHRISTIAN VOGEL

■ 28.000 Straßenbäume wachsen in Nürnberg – im Vergleich zu anderen Großstädten viel zu wenige; Bremen oder Leipzig haben z. B. fast doppelt so viele. In vielen Stadtteilen in Nürnberg gibt es eine eklatante Unterversorgung mit Straßenbäumen und Grün im Wohnumfeld. In den letzten Jahren wurde zwar mit viel Fleiß und Engagement schon dagegen gesteuert, aber es fehlen weiterhin Straßenbäume in der Stadt.



Der Nürnberger Stadtrat hat bereits im September 2013 die „Bäume für Nürnberg-Stiftung“ beschlossen.

Ziele der Stiftung sind: Die Schaffung und Pflege von Grün im öffentlichen Raum des Stadtgebietes von Nürnberg.

Die Neupflanzung und Pflege von Straßenbäumen soll dabei besonders gefördert werden.

Alle Bürgerinnen und Bürger, Firmen und Vereine können mit einer Spende oder sogar mit einer Zustiftung zu einem Erfolg beitragen: die erheblichen Gründefizite in Nürnberg langfristig abzubauen. Bäume sind sehr effiziente natürliche

Klimaanlagen, wir werden diese in der Zukunft dringender denn je brauchen.

Diese gemeinnützige Stiftung, die mit einem Gründungsvermögen von 50.000 Euro, die Margit Grüll zur Verfügung gestellt hat, ausgestattet ist, hat schon einiges bewegen können.

Mathias Schmidt ist Vorsitzender der Stiftung und sorgt gemeinsam mit der Grundstifterin Margot Grüll dafür, dass es weitere Unterstützerinnen und Unterstützer gibt. Spenden und Zustiftungen sind steuerbegünstigt.

Spenden und Zustiftungen sind steuerbegünstigt.

Die Kontoverbindung lautet:
 „Bäume für Nürnberg-Stiftung“
 Sparkasse Nürnberg
 Kto.Nr. 120207256
 BLZ 760 501 01 oder
 IBAN DE 54 7605 01010012 0272 56
 BIC SSKNDE 77XXX ■

Die beiden christlichen Kirchen verlieren immer mehr Mitglieder. Gleichzeitig nimmt die Zahl der gläubigen Muslime zu. Und 36,6 % der Deutschen bekennen sich zu überhaupt keiner Religion. Vor diesem Hintergrund erscheint es vielen unverständlich, warum an unseren Schulen christlicher Religionsunterricht stattfindet, warum die Finanzämter die so genannten „Kirchensteuer“ einziehen und warum die Arbeit der Kirchen durch Staatsleistungen in Millionenhöhe unterstützt wird. Erst recht ist vielen nicht zu vermitteln, warum in kirchlichen Einrichtungen ein eigenes Arbeits- und Tarifrecht gilt. Fraglich ist dabei insbesondere, wie sich diese Praxis mit



der weltanschaulichen und religiösen Neutralität unseres Gemeinwesens verträglich.

Ein **öffentlicher Parteiausschuss** soll solchen überfälligen Fragen nachgehen und diese in einem größeren gesellschaftspolitischen Zusammenhang diskutieren.

Dazu haben wir die evangelische Regionalbischöfin **Elisabeth Hann von Weyhern** und **Michael Bauer** vom Humanistischen Verband Deutschland eingeladen. Ein spannender Abend zum Umgang mit weltanschaulicher und kultureller Pluralität erwartet uns.

KIRCHE UND STAAT – eine privilegierte Partnerschaft?

Donnerstag, 26. Februar 2015
 18.00 - 20.30 Uhr – Karl-Bröger-Zentrum

„Es war für mich immer etwas Besonderes Vorsitzender dieser Nürnberger SPD zu sein.“

Interview mit Christian Vogel

■ Christian Vogel muss man nicht vorstellen. Unser Parteivorsitzender und 2. Bürgermeister ist fast allen inner- und außerhalb der Partei bekannt. Seit 21 Jahren ist er im Vorstand der SPD Nürnberg. Anfangs Kassier, dann seit nun 12 Jahren als Vorsitzender. Mit dem Par-



teitag der SPD Nürnberg am 14. März 2015 endet diese lange Zeit. Christian Vogel wird, wie schon länger angekündigt, nicht wieder für das Amt des Vorsitzenden antreten. Wir haben ihn über seine Amtszeit befragt.

dsp: Lieber Christian, wie fühlst Du Dich, jetzt, wo der Wechsel an der Spitze der Nürnberger SPD kurz bevor steht?

Christian Vogel: Es ist alles andere als leicht für mich. An jedem Tag der näher an den nächsten Parteitag kommt, denke ich mehr darüber nach. Ich führe mein Amt von ersten Tag an bis heute mit viel Leidenschaft und Freude aus. Es war für mich immer etwas Besonderes Vorsitzender dieser Nürnberger SPD zu sein. Das Aufhören zu diesem Zeitpunkt ist ein selbst gewählter Entschluss und nach dann 21 Jahren denke ich, ist es auch ein guter Zeitpunkt, neuen Köpfen und neuen Ideen das Feld zu überlassen. Trotzdem fällt es mir nicht ganz leicht. Ich habe aber ja noch eine weite-

re große Herausforderung: mein neues Amt als 2. Bürgermeister unserer Stadt. *dsp: Fällt es schwer, so viel Gestaltungsmacht nach so langer Zeit aufzugeben?*

Christian Vogel: Wenn ich nein sagen würde, würde ich vor dem Spiegel rot werden. Klar war es schön, gemeinsam mit den vielen Mitstreiterinnen und Mitstreitern etwas zu bewegen. Ich habe mich dabei nie vor Entscheidungen gedrückt. Für mich war immer klar, wer entscheidet, gibt auch die Richtung vor. Ich war über die vielen Jahre immer einer, der gerne das Heft des Handelns in der Hand hatte. Ich denke aber sagen zu können, durchaus zum Vorteil der ganzen Organisation und auch der Stadt.

dsp: Die Partei muss jetzt die Nachfolge bestimmen: Was muss ein Parteivorsitzender oder eine -vorsitzende mitbringen? Wie wird man ein guter Parteichef?

Christian Vogel: Ich denke dafür gibt es keine Musteranleitung. Jede und jeder kann auf seine Art eine gute Vorsitzende oder ein guter Vorsitzender sein. Man muss sich nur im klaren sein: Man wird es nie allen Recht machen können, auch wenn man sich noch so sehr darum bemüht. Das „Miteinander“ ist ein wichtiger Grundsatz, den ich meiner Nachfolgerin oder meinem Nachfolger nur wärmstens empfehlen kann.

dsp: Nachdem Du Fraktionsvorsitzender und Parteivorsitzender parallel warst, gab es anfangs Kritik, Fraktion und Partei sollten getrennt sein. Wie

schätzt Du das jetzt im Nachhinein ein?

Christian Vogel: Ich meine für die damalige Situation war es schlicht sinnvoll und ich meine sogar von großem Vorteil, dass die beiden wichtigen Ämter in einer Hand waren. Ängste, die anfangs umhergeschwirrt sind, haben sich aber – bin ich mir sicher – als unangebracht herausgestellt. Jede Seite hatte ihren Spielraum und ihr Handlungsfeld. Die wichtigste Botschaft war aber zweifelsohne: Partei und Fraktion zogen stets an einem Strang. Gemeinsam mit dem Oberbürgermeister konnte so eine mehr als erfolgreiche Stadtpolitik vollzogen werden. Die Bürger haben uns



das auch mit einem – wie ich finde – sehr guten Vertrauensbeweis bescheinigt.

Gleichwohl ist das kein Patentrezept, dass es immer so gemacht werden muss. Ich denke auch in Zukunft muss man ohne Scheuklappen nach dem richtigen Weg suchen. Das Wichtigste dabei ist aus meiner Sicht auch der Mut, mal etwas zu machen, was vie-

len im ersten Augenblick nicht gefällt. Letztlich zählt der Erfolg und danach muss entschieden werden.

dsp: Die SPD war in Nürnberg fast immer erfolgreich. Was ist das Geheimrezept?

Christian Vogel: Das Miteinander! Ich hätte meine erfolgreiche Arbeit nicht so durchführen können, wenn es nicht so ein gutes Miteinander über all die Jahre gegeben hätte. Insbesondere meine beiden Stellvertreter, Angelika Weikert und Thorsten Brehm, waren stets verlässliche und ganz wichtige Partner an meiner Seite. Wir konnten immer über alles sprechen. Ohne Angelika und Thorsten wäre manches so nicht möglich gewesen. Aber natürlich auch mit dem Vorstand in seiner Gänze und auch das Miteinander mit den verschiedenen Abgeordneten der verschiedenen Ebenen, haben stets Früchte getragen. Und letztlich das harmonische und verlässliche Miteinander mit dem Rathaus.

Was ich aber nach wie vor als eines unserer wichtigsten Punkte des Erfolges sehe, ist die Verankerung in 38 verschiedenen Stadtteilen. Wir sind präsent und ansprechbar vor Ort, das ist ein gewaltiges Pfund. Da kann ich nur allen Ortsvereinen auch an dieser Stelle herzlich danken.

dsp: Wie in vielen Parteien und Vereinen geht die Zahl der aktiven Mitglieder stetig zurück. Auch die Nürnberger SPD kann sich diesem Trend nicht entziehen. Besteht die Gefahr, dass die aktive Arbeit vor Ort nicht mehr aufrechterhalten werden kann?

Christian Vogel: Natürlich wird es auch bei der SPD vor Ort immer schwerer. Wir bekommen zwar auch eine ganze Reihe von jungen Mitgliedern, die haben aber naturgemäß nicht nur die Parteiarbeit im Kopf. Unsere langjährigen und erfahrenen „älteren“ Genossen sind daher nach wie vor unverzichtbar und bilden eine unverzichtbare Mischung zwischen jung und alt in den Stadtteilen. Ich bin durchaus zuversichtlich, dass die Nürnberger SPD auch in den nächsten Jahren die Partei vor Ort bleiben wird. Wir werden auch in Zukunft die sein, die für Bürgeranliegen ein offenes Ohr haben.

dsp: Du warst lange im Vorstand der Nürnberger SPD. Welche Personen haben Dich geprägt?

Christian Vogel: Ich würde jetzt nicht von geprägt sprechen wollen, aber ich habe zu meiner Anfangszeit im Vorstand z. B. schon die Beiträge vom damaligen stellvertretenden Vorsitzenden Reiner Prölß sehr beachtlich gefunden. Ebenso fand ich Dr. Frank Schmidts stetige Ruhe und Gelassenheit, auch in hektischen Phasen, beneidenswert.

dsp: Willst du uns deine schönsten Momente in deiner Amtszeit sagen?

Christian Vogel: Oh, da gibt es wirklich eine ganze Reihe, z. B. die alljährliche Jubilarfeier für die ganze Nürnberger Partei ist so ein Moment. Das ist für einen Vorsitzenden wirklich etwas Besonderes und Bewegendes. Oder die Wahl Gerhard Schröders 1998 zum Kanzler war ein toller Moment, ebenso die erste Wiederwahl 2002 von Uli Maly, war für mich ein ganz nervöser aber hammermäßiger Moment. Aber da gäbe es noch viele weitere ganz tolle Momente.

dsp: Willst du uns die unschönen auch verraten?

Christian Vogel: Natürlich gibt es auch solche Momente. Die sollte man aber wirklich in der Schublade lassen ... Meine damalige Niederlage bei der Landtagswahl war ein solcher Augenblick, oder als es mit den Hartz- Gesetzen losgegangen ist, ich eine Vielzahl von Austritten hatte und auch persönlich angegriffen wurde, da bin ich schon ins Grübeln gekommen.

dsp: Welche Herausforderungen lassen sich für die nächste Zeit absehen? Welche Probleme müssen bearbeitet werden?

Christian Vogel: Das Stichwort Pegida macht mir dabei schon etwas Angst. Das ist z. B. so eine große Herausforderung. Wir dürfen nicht so tun, als ob da nur Spinner am Werk sind. Wir müs-

sen die Ängste, die da bei Einzelnen vorhanden sind, ernst nehmen, dürfen aber zugleich nicht den Eindruck erwecken, die wenigen Ewiggestrigen, die



mit schmutzigen Parolen Stimmung machen wollen, haben Recht.

Deutschland ist weltoffen und liberal. Menschen aus ganz unterschiedlichen Ländern und Kulturen leben und arbeiten bei uns. Davon profitieren wir alle. Und darauf können wir stolz sein. Wer mit diffusen Ängsten spielt oder gar Fremdenfeindlichkeit schürt, spricht nicht für die Mehrheit. Dafür gilt es zu arbeiten.

dsp: Was erwartest oder wünschst Du Dir von Deinem Nachfolger oder Deiner Nachfolgerin?

Christian Vogel: Ich wünsche mir, dass er oder sie das Amt mit der gleichen Freude ausüben kann wie ich. Ich erwarte oder erhoffe mir von der Partei das gleiche Maß an Unterstützung für die neue Führung, wie ich es erleben durfte. Dann ist mir nicht bang.

dsp: Unsere Interviewpartner fragen wir ja oft, was sie sich von der Nürnberger SPD wünschen würden. Bei Dir ist die Frage ganz besonders spannend...

Christian Vogel: Das habe ich ja fast schon in der Frage vorher mit beantwortet. Ich will noch ergänzen, dass ich mir sehr wünsche, dass wir weiterhin als Partei und Fraktion sowie Stadtspitze das faire und offene Miteinander pflegen. Dabei meine ich nicht, dass man immer einer Meinung sein muss. Wie heißt es so schön – der Weg ist das Ziel! Unser Ziel muss stets das Gleiche sein. Wir wollen ein offenes, faires und gerechtes Nürnberg. Ein Nürnberg, wo sich jeder wohlfühlen kann, egal wel-

che Wurzeln man hat, welchen Glauben oder welche sexuelle Orientierung gelebt wird.

dsp: Wird dir was fehlen ab dem 15. März?

Christian Vogel: Sicher! Eines fehlt mir aber ganz bestimmt, das Schreiben meiner persönlichen Glückwünsche. In

den 12 Jahren als Vorsitzender habe ich fast jeden Sonntag Glückwunschkarten per Hand geschrieben, wenn ich es hochrechne, waren es bestimmt um die 8.000 Glückwunschkarten. Mir war das immer wichtig, weil ich es auch als Zeichen der Wertschätzung verstanden wissen wollte.

dsp: Ein letzter Satz...

Christian Vogel: Ich danke euch für alles und freue mich auch in Zukunft auf ein gutes Miteinander.

dsp: Auch Dir lieber Christian sagen wir herzlichen Dank für die Zeit, in der Du die SPD Nürnberg geprägt und erfolgreich geführt hast. ■

Das bringt das Jahr 2015

■ Lange hat die SPD für einen Mindestlohn und eine gute Rente für diejenigen gekämpft, die ihr Leben lang gearbeitet haben. Mit Erfolg. Rund ein Jahr nach Eintritt in die Große Koalition hat die SPD viele Punkte aus ihrem Regierungsprogramm umgesetzt oder auf den Weg gebracht. Eine Übersicht über alle Gesetze, die 2015 in Kraft treten.

Start: 1. Januar 2015

8,50 Euro Mindestlohn

Mit Jahresbeginn gilt für alle Arbeitnehmer und Branchen der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro. Für einige Branchen mit besonderen Bedingungen gibt es sinnvolle Übergangsregelungen, wenn dies tarifvertraglich bundesweit vereinbart ist. Spätestens ab 1. Januar 2017 gilt der Mindestlohn von 8,50 Euro für alle Branchen. Außerdem wird es

und in tarifgebundenen Betrieben bessere Arbeitsbedingungen erhalten. Das bewährte Tarifvertragssystem und die Flächentarife werden gestärkt. Die Höhe des Mindestlohns wird künftig alle zwei Jahre von einer Kommission aus Gewerkschaften und Arbeitgebern überprüft und ggf. angepasst.

Das neue Pflegezeitgesetz

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nahe Angehörige pflegen, haben künftig einen Rechtsanspruch auf zehn freie Arbeitstage im Jahr. Dafür erhalten sie vom Staat Lohnersatzleistungen – wie

etwa beim Kinderkrankengeld. So können sie sich die Zeit nehmen, um alle notwendigen Schritte einzuleiten, wenn Angehörige plötzlich pflegebedürftig werden. Darüber hinaus erhalten pflegende Angehörige einen Rechtsanspruch darauf, ihre Arbeitszeit bis zu zwei Jahre deutlich zu reduzieren, ohne dies individuell mit dem Arbeitgeber aushandeln zu müssen. Wenn sterbende Angehörige

betreut werden müssen (z. B. in einem Hospiz), können sie ihre Arbeitszeit für



künftig einfacher sein, Tarifverträge nach dem Tarifvertragsgesetz für allgemeinverbindlich zu erklären. So werden wieder mehr Menschen von guten Tarifverträgen der Gewerkschaften profitieren

hörtige einen Rechtsanspruch darauf, ihre Arbeitszeit bis zu zwei Jahre deutlich zu reduzieren, ohne dies individuell mit dem Arbeitgeber aushandeln zu müssen. Wenn sterbende Angehörige

den Zeitraum von drei Monaten reduzieren.

Das 1. Pflegestärkungsgesetz

Mit dem 1. Pflegestärkungsgesetz erhalten Pflegebedürftige, Demenzkranke und pflegende Angehörige deutlich bessere Leistungen. Für Pflegebedürftige stehen 2015 rund 2,4 Milliarden Euro mehr zur Verfügung. Mit den zusätzlichen Mitteln werden unter anderem die häusliche Pflege gestärkt und die Betreuung in den Pflegeheimen, Wohngruppen und Wohngemeinschaften verbessert.

Krankenversicherungsbeiträge

Mit dem Finanzstruktur- und Qualitätsweiterentwicklungsgesetz für die gesetzlichen Krankenkassen (GKV) wird der paritätisch finanzierten Beitragssatz auf 14,6 Prozent in dieser Wahlperiode festgeschrieben. Arbeitnehmer und Arbeitgeber zahlen jeweils 7,3 Prozent. Wenn eine Krankenkasse mehr als die gesetz-

lich festgelegten Beiträge benötigt, kann sie einkommensabhängige Zusatzbeiträge von ihren Mitgliedern erheben.

BAföG-Reform (Start Kostenübernahme zum 1. Januar 2015, Start BAföG-Erhöhung: WS 2016/2017)

Der Bund übernimmt ab 2015 die kompletten BAföG-Kosten von den Ländern. Bislang mussten diese 35 Prozent Kosten selbst zahlen. Damit werden die Länder um rund 1,17 Mrd. Euro im Jahr entlastet und können das zusätzliche Geld in die Finanzierung von Bildung und Betreuung investieren, zum Beispiel in den Ausbau von Kitas.

Die Bedarfssätze und Freibeträge sollen beim BAföG um jeweils sieben Prozent angehoben werden. Der Wohnzuschlag soll von 224 Euro auf 250 Euro steigen, um die Mietsteigerungen an Hochschulstandorten etwas aufzufangen. Aufgrund der stark steigenden Gesamtausgaben für das BAföG (rund 4,1 Milliarden Euro 2017) tritt die BAföG-Reform erst zum Wintersemester 2016/17 in Kraft.

Künstlersozialversicherung

Rund 180.000 selbstständige Kulturschaffende erhalten über die Künstlersozialversicherung Ansprüche auf Leistungen der gesetzlichen Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung. Mit dem Gesetz zur Stabilisierung des Künstlersozialabgabengesetzes will die große Koalition die Abgabepflicht der Unternehmen, die in die Versicherung einzahlen, effektiver kontrollieren.

Kampf gegen Steuervergehen

Der Druck auf Steuerhinterzieher wird erhöht. Die Selbstanzeige bei Steuervergehen, die Hintertürchen zur Strafvermeidung ermöglicht, wird deutlich verschärft. Sie wirkt nur noch dann komplett strafbefreiend, wenn die Summe der hinterzogenen Steuern 25.000 Euro (bisher 50.000 Euro) nicht übersteigt. Bei höheren Hinterziehungsbeträgen gibt es Strafzuschläge: Bis 100.000 Euro hinterzogener Steuern zehn Prozent, zwischen 100.000 und einer Million Euro 15 Prozent und bei Beträgen über einer Million Euro 20 Prozent.

Der Berichtigungszeitraum für die Steuerangaben verdoppelt sich von fünf auf

zehn Jahre. Um anerkannt zu werden, muss die Selbstanzeige rechtzeitig gestellt werden und vollständig sein.

Doppelte Staatsangehörigkeit

Bereits seit Ende 2014 müssen sich Kinder ausländischer Eltern, die in Deutschland geboren und aufgewachsen sind, nicht mehr zwischen der deutschen Staatsbürgerschaft und der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern entscheiden. Dies gilt für alle, die sich vor ihrem 21. Geburtstag mindestens acht Jahre in Deutschland aufgehalten oder sechs Jahre in Deutschland eine Schule besucht haben. Die Optionspflicht entfällt auch für diejenigen, die über einen in Deutschland erworbenen Schulabschluss oder eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügen. Bislang mussten sich die Jugendlichen mit Eintritt in die Volljährigkeit zwischen der deutschen und der Staatsangehörigkeit ihrer Eltern entscheiden.

Start: 1. Juli 2015

ElterngeldPlus

Das ElterngeldPlus fördert die Mütter und Väter besonders, die während des Elterngeldbezugs wieder in Teilzeit arbeiten wollen. Das ElterngeldPlus beträgt ebenso wie das Elterngeld 65 bis 100 Prozent des entfallenen Einkommens:

die gesamte Zahlung für die Eltern beträchtlich. Für Väter und Mütter, die gemeinsam das Kind betreuen und gleichzeitig in Teilzeit arbeiten, verlängert sich das ElterngeldPlus noch einmal um vier Monate.

1. Jahreshälfte 2015

Mietpreisbremse

In Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten darf die Miete bei Wiedervermietung von Bestandswohnungen künftig auf maximal zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete erhöht werden. Die Länder legen jeweils für bis zu fünf Jahre die Gebiete fest, für die die Mietpreisbremse gilt. Um Investitionen in Neubauten zu fördern, werden diese von der Mietpreisbremse ausgenommen. Gleiches gilt für die erste Vermietung nach einer umfassenden Modernisierung. Für Maklergebühren gilt künftig das Prinzip: Wer den Makler beauftragt, muss auch die dafür anfallenden Gebühren zahlen, in der Regel also der Vermieter.

Die SPD regiert – seit nun einem Jahr. Und das Land kommt voran. Der Mindestlohn, bessere Renten, bezahlbares Wohnen, der Neustart der Energiewende, die Frauenquote, mehr Unterstüt-

EINE VERBESSERUNG FÜR JÄHRLICH RUND 680.000 NEU GEBORENE KINDER UND IHRE ELTERN

ELTERNGELD PLUS

#1gutesJahr

DIE SPD REGIERT. DAS LAND KOMMT VORAN.

bei Vollzeitarbeit höchstens 1.800 Euro, bei Teilzeitarbeit höchstens 900 Euro. In diesem Fall wird es aber doppelt so lange – bis zu 28 Monate – ausgezahlt. Es gilt: Ein Elterngeld-Monat sind zwei ElterngeldPlus-Monate. Dadurch erhöht sich

zung für Familien, unsere Friedenspolitik und vieles mehr. Es geht darum das Leben der Menschen besser zu machen. In einer weiteren Übersicht können Sie lesen, was das konkret ist. Neu ab 2015 – oder sogar schon in Kraft ■

Termine

02.02.2015 - 19:00 Uhr

Regionalkonferenz

Der NEUE Termin für die Regionalkonferenz „Ein Jahr große Koalition“ im Karl-Bröger-Zentrum in Nürnberg statt. Beginn 19 Uhr (Einlass ab 18 Uhr).

02.02.2015 - 19:30 Uhr

Rote Runde Hasenbuck: JHV

Gasthof Süd,
Ingolstädter Straße 51

03.02.2015 - 19:00 Uhr

SPD Gibitzenhof-Werderau:

Jahreshauptversammlung
Tagungsraum Gemeinde St.
Markus, Alemannenstr. 40

03.02.2015 - 19:30 Uhr

SPD Ziegelstein:

Jahreshauptversammlung
mit Wahlen, Gaststätte
TUSPO, Nebenzimmer,
Herrnhüttestraße 75

03.02.2015 - 19:30 Uhr

SPD Leonhard-Schweinau:

Jahreshauptversammlung
Restaurant Sarajevo (Hinter-
zimmer), Schwabacherstr. 53

03.02.2015 - 19:30 Uhr

SPD Laufamholz:

Mitgliedertreffen
SVL Sportheim,
Schupfer Str. 81

„Mehr Demokratie und ein modernes Wahlrecht wagen“

VON GABRIELA HEINRICH

■ Demokratie ist frustrierend: Jeder hat eine Meinung und glaubt erstmal, diese sei mehrheitsfähig. Manch einer empört sich dann, wenn sich herausstellt, dass dem nicht so ist. Einige wollen gehört werden, aber nicht zuhören. Fakten stören das geschlossene Weltbild, Glaube ersetzt Wissen und keine Partei bietet genau das, was man will. Die Konsequenz: Wahlenthaltung.

Das ist natürlich nur ein Grund für die geringe Wahlbeteiligung. Andere Gründe sind zu schönes oder zu schlechtes Wetter, Stress und



nicht zuletzt politisches Desinteresse. „Die machen ja doch, was sie wollen und meine Stimme zählt nicht“, sind typische Aussagen. Es gibt auch Wähler, die gar nicht mitkriegen, dass Wahl ist. EU-Ausländer haben ein Wahlrecht bei Kommunalwahlen, viele sind darüber aber nur unzureichend informiert – nur 10 Prozent von ihnen nehmen laut der EU-Kommission ihr Wahlrecht wahr.

Ist es deshalb trivial, wenn unsere Generalsekretärin Yasmin Fahimi vorschlägt, dass man zukünftig auch im Einkaufszentrum wählen können soll? Oder dass wir statt eines Wahltages zukünftig Wahlwochen durchführen, wie in Schweden – mit 80 Prozent Wahlbeteiligung? Tatsache ist: Die SPD ist die einzige Partei, die sich mit diesem Thema auseinandersetzt. So schlägt die BayernSPD in ihrem 10-Punkte-Papier für eine „Demokratieoffensive Bayern“ unter anderem vor, die politische Bildung zu stärken und bayerischen Schülerinnen und Schülern endlich mehr Sozialkunde-Unterricht anzubieten. Die BayernSPD schlägt außerdem vor, die Hürden für Volksbegehren und Volksabstimmungen zu senken.

Wir brauchen diese Diskussion, wie wir die Beteiligung an unserer Demokratie und vielleicht auch die Wertschätzung für sie steigern können. Vielleicht bekommen wir auf diese Weise auch neuen Schwung für eine Debatte über Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene. Direkte Demokratie kann und soll die parlamentarische Demokratie nicht ersetzen, sie wäre aber eine wichtige Ergänzung für eine lebendige Demokratie. Wir sollten nicht nur ein modernes Wahlrecht wagen, sondern auch wieder mehr Demokratie.

Demokratie lebt von Beteiligung. Deshalb ist es sinnvoll, darüber nachzudenken, wie wir Hürden abbauen können. Und wenn es nur darum geht, zu einer bestimmten Zeit zu einem bestimmten Ort zu gehen. Zum Beispiel, wenn man zum Wahlamt gehen muss, um einen Bürgerentscheid auf den Weg zu bringen.

Politik muss über neue Formen nachdenken, um mit den Bürgerinnen und Bürgern ins Gespräch zu kommen. Ein guter Ansatz sind die Hausbesuche der SPD-Stadtratsfraktion nach Vorankündigung, auch wenn gar keine Wahlen sind.

Demokratie ist mühsam für alle Beteiligten, aber es ist das beste System, das wir kennen. In vielen Ländern dieser Erde sterben Menschen, weil sie für mehr politische Beteiligung kämpfen. ■



**Aktuelle Infos gibt es
auch im Internet!**

Facebook:
[www.facebook.com/
spd.nuernberg](http://www.facebook.com/spd.nuernberg)

Homepage:
www.spd-nuernberg.de

Welche sozialpolitischen Herausforderungen bringt das Jahr 2015?

VON ANGELIKA WEIKERT

■ Das prägende Thema 2014 war ganz klar die Asyl- und Flüchtlingspolitik.



Mit Yasmin Fahimi und Horst Arnold in der Asylbewerberunterkunft Möbel Höfner in Fürth

32.000 Menschen kamen auf der Suche nach Schutz in Bayern an. Doch die bayerische Staatsregierung war nicht in der Lage, sie menschenwürdig unterzubringen und in medizinischer und sozialer Hinsicht adäquat zu versorgen. 2015 werden ähnlich viele Flüchtlinge unsere Hilfe brauchen. Viele, die bereits da sind, werden so schnell nicht in ihre Heimatländer zurückkehren können. Die längerfristige Integration dieser Menschen werden wir im neuen Jahr in den Fokus rücken.

Die sozialpolitische Agenda der SPD-Landtagsfraktion für das Jahr 2015 ist jedoch deutlich breiter. Mit Beginn des Jahres ist der Mindestlohn in Kraft getreten. Nun müssen wir dafür sorgen, dass seine Einhaltung scharf kontrolliert wird und Verstöße geahndet werden. Das Thema Landesvergabegesetz ist noch nicht vom Tisch, wir brauchen es nach wie vor. Öffentliche Aufträge dürfen nicht einfach an den billigsten Bieter vergeben werden. Wir wollen durchsetzen, dass auch soziale Gesichtspunkte stärker berücksichtigt werden.

In Bayern sind konstant über 65.000 Menschen seit mehr als einem Jahr arbeitslos. Damit finden wir uns nicht ab! Andrea Nahles eröffnet Langzeit-

arbeitslosen durch ein umfangreiches Maßnahmenpaket neue Perspektiven. Nun muss die Staatsregierung ihren Widerstand gegen öffentlich geförderte Beschäftigung aufgeben, damit auch Menschen mit langer Arbeitslosigkeit eine Chance bekommen.

Das wirksamste Mittel gegen Arbeitslosigkeit ist eine gute Ausbildung. Die Staatsregierung erarbeitet auf SPD-Initiative hin ein Konzept für die flächendeckende Einrichtung von Jugendberufsagenturen. Dort erhalten junge Menschen unter einem Dach Unterstützung bei der Jobsuche und in allen Lebenslagen.

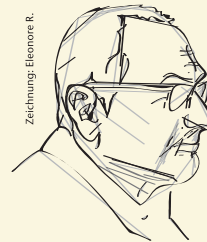
Auch für die Sozialpolitik ist gute Bildung über die gesamte Biografie hinweg ein Dauerthema. Nachdem der Ausbau der Kinderbetreuung – auch in Nürnberg – gut vorangeht, beschäftigen wir uns intensiv damit, die Qualität in den Einrichtungen zu erhöhen. Um den Fachkräftebedarf zu decken, wollen wir die Erzieherausbildung attraktiver gestalten.

Einen weiteren Schwerpunkt wird das Thema Inklusion und Barrierefreiheit bilden. Demnächst bekommen wir die Antworten auf unsere Interpellation zur Barrierefreiheit. Diese werden wir gemeinsam mit den Fachverbänden und Betroffenen auswerten und parlamentarische Initiativen erarbeiten. Auch zur Neuregelung der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung führen wir derzeit intensive Gespräche mit den Betroffenenverbänden. Das Ziel ist, Menschen mit Behinderung die gesellschaftliche Teilhabe zu erleichtern und eine selbstbestimmte Lebensführung zu garantieren. ■

Die Kolumne

VON PETER SCHMITT

Es gibt immer noch Dinge in dieser Stadt, über die man sich fürchterlich aufregen kann. Zum Beispiel sind sich so gut wie alle Verantwortungsträger im Grunde einig über die Notwendigkeit eines neuen Konzertbaus. Doch zu allen bisher genannten



Zeichnung: Eleanore R.

Grundstücken gibt es gefühlte tausend Bedenken. Das gilt komischerweise am wenigsten für den nun absolut unsinnigsten Standort, in der Prärie zwischen Stadtrand und Reichswald. Dort, wo bereits die Meistersingerhalle ihr ödes Dasein fristet.

Derweil lässt man sich gerade wieder eine Chance in allerbesten Lage entgehen. Die Bahnhofspost, ein gewaltiges Areal, soll demnächst abgerissen werden, damit mal wieder ein x-beliebiger Investor ein x-beliebiges Bürohochhaus hinplastern kann. Andere Städte würden sich so eine Lage mit Freuden sichern, um dort einen städtebaulichen Akzent setzen zu können. Nicht so in Nürnberg. Hier huldigt man dem fränkischen Motto „Wir treffen alles, nur keine Entscheidungen“. Lieber schon machen wir den Kritikern aus München, Hamburg oder Berlin klar, dass sie, um einer Konzertaufführung in Nürnberg beiwohnen zu dürfen, erst eine halbe Stunde mit dem Taxi herumkutschieren müssen, um nach Schluss des Musikerlebens, so es denn eines war, hungrig in der nächtlichen Wüste zu stehen.

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg
 Verantwortlich: Rüdiger Löster
 Redaktion: Christian Vogel, Dr. Christian Präuß, dsp@spd-nuernberg.de
 Redaktionsanschrift:
 der springende punkt, Karl-Bröger-Str. 9,
 90459 Nürnberg, Tel.: 0911 - 4389650

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



Termine

09.02.2015 - 19:00 Uhr

AsF: JHV

Im hinteren Sitzungszimmer
(Hofseite)

10.02.2015 - 17:00 Uhr

Mieterbüro der

SPD Nürnberg: Sprechtag

Kompetente Erstberatung - ohne Kosten: Brigitte Reuter und Rechtsanwalt Winfried Berg stehen als Team den Ratsuchenden zur Seite. Die Anlaufstelle für Bürger bildet dabei keine Konkurrenz zu hiesigen Mieterschutzvereinen. Denn das Mieterbüro bietet lediglich eine Erstberatung, die keine juristische Folgeschritte einleitet. Wenn auch Sie Probleme als Mieter haben, wenden Sie sich an uns: Vorherige Terminvereinbarung notwendig Tel: 438960. (Eine Telefonberatung kann nicht stattfinden.)

10.02.2015 - 18:00 Uhr

SPD Gostenhof:

Jahreshauptversammlung
Nachbarschaftshaus Gostenhof, Adam-Klein-Str. 6

10.02.2015 - 19:30 Uhr

SPD Nordostbahnhof:

Ortsvereinstreffen
SIGENA – Plauererstr.13

10.02.2015 - 19:30 Uhr

SPD-Fischbach:

Mitgliedertreff

mit Thorsten Brehm – Kandidat UB-Vorsitzender, Gaststätte TSV Altenfurt, UG, Wohlaer Str. 16

Sichere Lebensmittel dürfen keine Frage des Geldbeutels sein

VON CHRISTIAN VOGEL

Landwirte, Lebensmittelproduzenten und Handel arbeiten in Deutschland mit hoher Qualität. Verbraucherschutz und die Produktion, sowie der Vertrieb gesunder Lebensmittel sind für die allermeisten Unternehmen zentrale Bestandteile ihrer Unternehmensphilosophie.

Wahr ist aber auch, dass es in Deutschland gegenwärtig Bedingungen in der Fleischproduktion gibt, die teilweise zu schwerwiegenden Missständen auf Kosten der Lebensmittelqualität führen. Leidtragende sind nicht nur die Verbraucherinnen und Verbraucher, sondern auch die bäuerlichen Erzeugerinnen und Erzeuger, die Beschäftigten in der Fleischindustrie, die Tiere und die Umwelt. Um ein Angebot

von qualitativ hochwertigen, für jeden bezahlbare Lebensmittel sicherzustellen, sind die bestehenden Strukturen in der Land- und Lebensmittelwirtschaft von der Produktion über die Verarbeitung und den Transport und Handel bis zum Konsum auf den Prüfstand zu stellen.

Systeme, bei denen unsere Versorgung mit Lebensmitteln auf Ausbeutung von Menschen beruht und die Tiere zu Industrieprodukten degradiert, werden wir in unserem Land nicht länger dulden.

Wertschätzung von Lebensmitteln

Tierische Produkte wie Fleisch, Milch und Eier sind wertvolle Lebensmittel. Ihre Erzeugung aus artgerechter Haltung und ihre fachgerechte Verarbeitung sind arbeits- und kostenintensiv. Produktionsbedingungen und -kosten gehen aber selten klar aus den Etiketten hervor. Doch faire Lebensmittelpreise und transparente Produktionsbedingungen liegen im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher. Sie fördern den Qualitätswettbewerb und minimieren das Risiko von Lebensmittel-skandalen.a) Für alle Kinder und Jugendlichen

gesunde Ernährung in KiTas und Schulen ermöglichen Ernährungsweisen und ein verantwortungsbewusster Umgang mit Lebensmitteln werden schon im Kindesalter geprägt. Den Wert von Nahrungsmitteln lernen Kinder besser schätzen, wenn sie schon früh Freude am Essen und Interesse am Ursprung von Le-



bensmitteln entwickeln. Deshalb müssen wir bei der Verpflegung in Kindertagesstätten und Schulen ansetzen und für alle Kinder und Jugendlichen ausgewogene und leckere Mahlzeiten sicherstellen.

b) Souveränität der Verbraucherinnen und Verbraucher stärken

Über den Inhalt ihres Einkaufskorbs bestimmen Verbraucherinnen und Verbraucher die Bedingungen, zu denen tierische Lebensmittel erzeugt werden, maßgeblich mit. Um selbstbestimmte und verantwortungsvolle Kaufentscheidungen zu treffen, müssen sie aber gute von schlechten Angeboten unterscheiden können. Hierfür ist die Kennzeichnung von Lebensmitteln tierischer Herkunft einfacher und verbraucherfreundlicher zu regeln.

Die SPD setzt sich für eine für die Verbraucherinnen und Verbraucher gesunde, tierschutzgerechte und nachhaltige Fleischerzeugung in bäuerlichen Strukturen ein. Dabei ist das Recht auf gute Lebensmittel aus artgerechter Tierhaltung unmittelbar verknüpft mit der gesellschaftlichen Aufgabe, verantwortungsvoll mit tierischen Nahrungsmitteln umzugehen. ■

Ein Blick auf ein vielversprechendes Jahr

VON CARL VELDMAN

■ Ohne übertreiben zu müssen, können die Jusos Nürnberg von einem sehr erfolgreichen Jahr 2014 sprechen. Und so konnten wir zuletzt bei unserer Jahresabschlussfeier noch einmal die Ereignisse des Jahres Revue passieren lassen. Ein grandioser Wahlkampf, der Maßstäbe für andere politischen Jugendorganisationen setzte, war ein herausragendes Beispiel für unsere geleistete Arbeit. Aber: ob bei Demonstrationen und Kundgebungen, Rock im Park, Rathausclubbing, Rote Kultur Nacht oder Sommerfest; die Jusos Nürnberg überzeugten mit frischen Ideen und einem stets gelungenen Auftritt. Gekoppelt mit handfester, inhaltlicher Arbeit im Rahmen unseres Projektes „Zeit für uns“, wie auch unseren kritischen Anträgen

derheiten, da potenzielle Täter sich in ihrem Handeln bestätigt fühlen. Sinnlose Parolen wie „Das Boot ist voll“ und „Wir müssen für alle zahlen“ sind nicht nur der äußert gefährliche Einstieg zur Ausländerfeindlichkeit sondern auch statistisch widerlegt und haltlos. Verfolgten und Schutzlosen zu helfen, Zuwanderer zu begrüßen ist weder eine Belastung für die Gesellschaft noch für die Staatskasse. Wir dürfen nicht zulassen, dass ein diskriminierendes Denken die Meinungshoheit beherrscht. Die große Mehrheit der Menschen, die keine Vorbehalte gegen Zuwanderer und Asylbewerber kennen, darf nicht zulassen, dass Rassisten und Nationalgesinnte die Debatte führen.

Um hier entgegenzuwirken, steht auch die Politik in der Pflicht. Es ist der feste Entschluss



und Stellungnahmen zu politischen Ereignissen auf allen Ebenen wurden wir unserem Ruf als schlagfertige und engagierte Truppe gerecht!

Aber auf Erfolgen sollte man sich nicht ausruhen. Zunehmend wird die dringende Notwendigkeit der politischen Jugendbildung ersichtlich. Ein Riss geht durch unsere Gesellschaft, der zur Spaltung werden droht. Das Auftreten von Gruppierungen wie AfD und Pegida mit ihren vermeintlich berechtigten und medienwirksamen Vorbehalten gegen Ausländer und Asylbewerber führt zu einer zunehmenden Hoffähigkeit von rassistischer Diskriminierung. Dieses Phänomen senkt die Hemmschwelle für Gewalttaten gegen Min-

der Jusos Nürnberg, der Doppelstrategie des Bundesverbandes der Jusos auch vor Ort zu verfolgen: als zuverlässiger und leistungsstarker Ansprechpartner für eine gerechte Gesellschaft innerhalb und außerhalb der Partei aufzutreten. Nur durch die Bündelung aller Kräfte, die sich konsequent gegen Diskriminierung in jeglicher Form einsetzen, können wir was bewegen. Für uns heißt das sowohl innerhalb der Partei Vorreiter in der linken Politik zu bleiben und gleichzeitig bei Organisationen und Initiativen für eine gerechte Gesellschaft außerhalb der Partei mitzuwirken. So blicken wir schon jetzt auf ein ereignis- und arbeitsreiches Jahr 2015 und freuen uns, in zwölf Monaten auf ein noch erfolgreicherer Jahr zurückzublicken. ■

Termine

10.02.2015 - 19:30 Uhr
SPD Johannis:
Aktiventreffen Februar

10.02.2015 - 19:30 Uhr
SPD Siedlungen Süd:
Jahreshauptversammlung
Gaststätte TSV Falkenheim,
Germersheimer Str. 86

10.02.2015 - 19:30 Uhr
SPD Nordbhf.-Vogelherd:
Jahreshauptversammlung
Ristorante SICULUM,
Friedrichstraße 64

11.02.2015 - 18:00 Uhr
AG Migration:
Mitgliederversammlung
im Sitzungszimmer der SPD

11.02.2015 - 19:00 Uhr
SPD Mögeldorf:
Aktivensitzung
Loni-Übler-Haus,
Marthastraße 60

11.02.2015 - 19:30 Uhr
SPD Hummelstein:
Jahreshauptversammlung
Wirtshaus Galvani,
Galvanistraße 10

12.02.2015 - 19:00 Uhr
SPD Kornburg:
Jahreshauptversammlung



INFOPOST
Ein Service der Deutschen Post

ALLEMAGNE Port payé

Termine

14.02.2015 - 14:00 Uhr

SPD Laufamholz:
Jahresempfang
Gemeindsaal Heilig Geist
Kirche, Am Doktorsfeld 13,
mit Angelika Weikert

22.02.2015 - 11:00 Uhr

SPD Gostenhof:
Frühschoppen
offener Stammtisch, Schan-
zenbräu Schankwirtschaft,
Adam-Klein-Str. 27

25.02.2015 - 19:00 Uhr

SPD Gartenstadt:
Aktivensitzung
Gaststätte Gesellschafts-
haus Gartenstadt, Buchen-
schlag 1

25.02.2015 - 19:00 Uhr

AfB: Aktiventreffen
SPD Sitzungszimmer,
Karl-Bröger-Straße 9

26.02.2015 - 16:30 Uhr

AfA Nürnberg: Sitzung
SPD Sitzungszimmer,
Karl-Bröger-Straße 9

02.03.2015 - 19:30 Uhr

Rote Runde Hasenbuck
Gasthof Süd, Ingolstädter
Straße 51

KONZERNE SPAREN IN LUXEMBURG MILLIARDEN EURO STEUERN

STEUERTRICKSER STOPPEN!

Deutsche und internationale Konzerne nutzen Luxemburg, um ihre Steuern zu Lasten der ehrlichen Steuerzahlerinnen und -zahler klein zu rechnen. Das belegen Tausende bislang unbekannte Dokumente, die Journalisten ins Internet gestellt haben. Wir wollen die Steuertrickser stoppen.

Konzerne, die weniger Steuern zahlen als jeder Handwerker in Deutschland, gefährden die Finanzierung und den Zusammenhalt unseres Gemeinwesens. Wir brauchen die Steuereinnahmen für die Zukunft unseres Landes. Staaten, die Steuerdumping zum Geschäftsmodell machen, legen die Axt an die europäische Solidarität.

Zum Teil konnten die Unternehmen Gewinne, die sie in Deutschland erzielt haben, in Luxemburg mit weniger als einem Prozent versteuern und damit richtig Kasse machen. Das heißt: Ehrliche Steuerzahlerinnen und -zahler müssen alleine für eine gute Infrastruktur sorgen – für Straßen und Schienen, Polizei, Verwaltung, die gute Ausbildung von Fachkräften und vieles mehr. Das alles nutzen auch die Großkonzerne – zahlen aber nicht dafür. Es geht um Milliarden.

Noch sind die Luxemburger Steuersparmodelle legal. Aber sie müssen dringend verboten werden. Denn: Steuerdumping à la Luxemburg schädigt unsere Staatsfinanzen, untergräbt die europäische Solidarität und gefährdet den Zusammenhalt Europas.

Um dies künftig zu verhindern, fordern wir:

- europaweit einheitliche Bemessungsgrundlagen und Mindeststeuersätze bei den Unternehmenssteuern, um den Wettbewerb über niedrigste Steuersätze zu beenden;
- europäische Rechtsgrundlagen, die Steuersparmodelle à la Luxemburg unterbinden;
- eine Untersuchung und Aufklärung von fragwürdigen Steuersparmodellen nicht nur in Luxemburg sondern auch in Irland oder den Niederlanden durch einen Sonderermittler.

GERECHTE STEUERN – EUROPaweIT. SPD

SPD-Partei Vorstand, Telefon: (030) 2 59 91-500

SPD.DE

der springende punkt.

Monatliche Zeitung der SPD Nürnberg. Nächstes Erscheinen: Anfang März 2015!